

richtig Jahre 17 007 408,83 Mk. = 0,70 Prozent. Der wesent-  
liche höhere Zuwachs ist auf die höhere Beitragseinnahme  
zurückzuführen. — Der Ausschuss der Landesver-  
sicherungskasse hat am 15. Dezember im Dienst-  
gebäude der Landesversicherungsanstalt seine ordentliche  
Jahresversammlung unter Leitung seines Vorsitzenden  
Herrn Geh. Hofrats Dr. Schwabe (Weipah) ab. Vor Ein-  
tritt in die Tagesordnung sprach dieser dem Vorstande der  
Landesversicherungsanstalt für die im verflochtenen Jahre  
zum Wohle der versicherten Bevölkerung wieder geleistete  
erprobte Tätigkeit Dank und Anerkennung aus. In  
der Zusammenfassung des Ausschusses ist seit der letzten  
Sitzung keine Änderung eingetreten. Der Druckbericht  
über die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse des Jahres  
1912 gab zu keinen Bemerkungen Anlass. Nach den vor-  
läufigen Mitteilungen über den Geschäftsbetrieb und den  
Vermögensstand in den ersten zehn Monaten des Jahres  
1913 haben die Geschäfte bei der Landesversicherungsanstalt  
weiter zugenommen. Unter den Eingängen befinden sich  
14 201 Rentenanträge für Versicherte, von denen 12 187,  
darunter 10 253 Invaliden, 942 Kranken- und 992 Alters-  
renten, anerkannt wurden. Erhebliche Zunahme haben die  
Anträge und Bewilligungen von Hinterbliebenenbezügen  
erfahren. Bis Ende Oktober sind im Jahre 1913 solche Bezüge  
in 3161 Fällen bewilligt worden, gegen 1904 im Jahre 1912.  
Die Heilbehandlung, die die Landesversicherungsanstalt zur  
Abwendung der Invalidität eintreten lassen kann, wurde  
abgeschlossen bei 2656 Krankenkranken, davon 1068 in der  
eigenen Heilstätte der Landesversicherungsanstalt Hohwald  
bei Reichenbach, bei 2370 anderen Kranken, davon 1153 in dem  
Ende Juni dieses Jahres geschlossenen Heilungsheim  
und der seit 20. Mai d. J. belegten neuen Heilstätte bei  
Gottkeuba. In 2508 Fällen wurden Heilhilfen hauptsächlich  
zur Beschaffung von Jahresspaß gewährt. Von den  
Verhandlungen wegen Ankaufs mehrerer Grundstücke  
nahm der Ausschuss Kenntnis und erteilte in Vor-  
setzung entsprechender Beratung der zunächst geforder-  
ten Preise die Ermächtigung zu Kaufabschlüssen. Ebenso  
billigte der Ausschuss die im laufenden Jahre erfolgten  
Banansführungen und Aufschaffungen, sowie die dazu für  
nächstes Jahr gemachten Vor schläge des Vorstandes. Ueber  
sonstige Maßnahmen zur Krankenfürsorge außerhalb der  
eigenen Heilstätten berichtete Herr Oberregierungsrat  
Dr. Haberland. Der Haushaltplan für das Jahr 1914 mit  
den Unteranschlägen für die Heilstätten Hohwald und Got-  
tkeuba wurde angenommen. Nach erfolgter Wahl von vier  
Ausschussmitgliedern und je zwei Ersatzmitgliedern zur Vor-  
prüfung der Jahresrechnung für 1913 und von Beisitzern  
für die Oberversicherungsämter wurde zum Schluss noch  
ein Antrag zur Zahlung der Landesversicherungsanstalt  
beschlossen.

— Amerikanische Spende für arme Blinde Dresdens.  
Inwieweit in Dresden wohnende amerikanische Damen, die sich  
zwanglos zusammengeschlossen, haben mit einem in Ver-  
einbause verkaufte Artikel Verkauf von ausschließlich selbst-  
gefertigten Handarbeiten die finanzielle Einnahme von  
1847 Mk. erzielt. Dessen Betrag bestimmten sie in diesem  
Jahre für arme würdige Blinde der Stadt Dresden. Die  
Verteilung, der auch ein Beitrag des Dresdner  
Blindenvereins, Herrn Reuter Richard J. King, bei-  
trug, fand durch die Damen am Montag vormittag im  
alten Stadtverordnetenversammlungssaal statt. Sie wurde ein-  
geleitet durch eine mit freudigem Beifall aufgenommene  
Ansprache des Vorstandes des Armenamtes Stadtrats  
Müller, der den herzlichsten Dank der Bedachten — 120 an  
der Zahl — den Damen aussprach und ihnen gleichfalls  
eine rechte Weihnachtsfreude wünschte.

— Die Schiffbrüchigen. Cholera und Pest, eine die  
fürchterlichsten Weihen des Menschentums, haben dank den  
fortschritten der Hygiene immer mehr von ihren Schrecken  
verloren. Wenn sie heute sich noch von Zeit zu Zeit zeigen,  
dann treten sie in räumlich beschränktem Maße auf. Weil  
schrecklicher als diese Seuchen waren heute Tuberkulose,  
Alkohol und Geschlechtskrankheiten unter den Völkern. Sie  
fordern schon deshalb weit mehr Opfer wie Pest und  
Cholera, als sie nicht wie diese, nur ab und zu aufstauen,  
sondern ständig bei der Menschheit zu Hause sind. Beson-  
ders die Geschlechtskrankheiten sind eine Volksgefahr,  
deren unagierbare Bedeutung für den einzelnen und die  
Nation man auch heute leider noch nicht in vollem Umfange  
erkannt hat, oder erkennen will. Die Leichtigkeit hat,  
das man immer wieder betont werden, noch keine rechte  
Vorstellung von der Art und Größe des Übels. Zwar  
haben berufene Kreise schon manchen Erfolg mit ihren  
Aufklärungsbestrebungen zu verzeichnen gehabt. Doch  
was nützt dies alles, wenn nicht der großen Masse des  
Volkes, wenn nicht allen Schichten der Gesellschaft die Er-  
kenntnis von den entsetzlichen Wirkungen der Geschlechts-  
krankheiten, von allem der Syphilis, zuteil wird, jener  
modernsten Volksgefahr, die Gesundheit, Frieden und Erfolg  
vernichtet. Die Geschlechtskrankheiten sind die Ursache der  
großen Menge gegen die venereischen Leiden zu überwin-  
den, muß die Hauptaufgabe sein. Sie zu brechen, dazu  
muß jedes Kampfmittel willkommen sein, die wissenschaft-  
liche Abhandlung, die behördliche Verordnung, die gesetz-  
liche Bestimmung, der aufklärende Vortrag — und das  
Wort der Bühne. Der Franzose Eugen Brieux ist es  
gewesen, der den letzteren Weg zuerst beschritt. Die  
Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der  
Geschlechtskrankheiten hat sich ein hohes Verdienst  
dadurch erworben, daß sie das vielbesprochene und viel-  
beachtete Werk des französischen Dramatikers auch ins  
Dresdener jugendlich gemacht hat. „Die Schiffbrüchigen“,  
ein Theaterstück in 3 Akten, erlebten vorachtern im Volk-  
wohlfaule ihre Erstaufführung. Wer sind diese Schiff-  
brüchigen? Es sind jene Bedauernswerten, die durch eine  
katastrophenhafte Erkrankung das Schifflein ihrer Gesund-  
heit erstickt wanken oder scheitern sehen, eine Erkran-  
kung, die zwar nicht unheilbar ist, aber durch die mit ihr  
verbundenen äußeren Umstände ihre Träger monatelang,  
ja oft für Jahre ihres Lebens nicht mehr froh werden  
läßt, es sind die Träger der Geschlechtskrank-  
heiten. Das Stück hat das Studium der Syphilis in  
ihren Beziehungen zur Ehe zum Gegenstand. Es enthält  
weder eine Standalgeschicht, noch tragend ein widerliches  
Schauspiel oder ein obseques Wort. Jeder kann, ja muß  
es hören, auch die Frauen, wenn man nicht der Meinung  
ist, die Frauen müßten dumm und unwissend bleiben. Es  
sind bittere Wahrheiten, die unsere moderne Gesellschafts-  
ordnung von dem Arzte (von Emil Veraxa in Spiel  
und Maske ausgedrückt) darstellt, zu hören bekommt,  
Worte, die überzeugungsstark wirken als dickbändige  
Folianten und langatmige Vorträge. Geradezu erschüt-  
ternd ist im letzten Akte das Bekenntnis der Irene  
(Lotte Polms). Ihre Klagen gegen die heutige  
Moral, die nur in der Verteidigung der niedrigen Liebe  
gipfelt, müssen im Verein mit dem Schicksal der armen  
Arbeiterfrau Margarete (Kohn), die jene Seuche  
von ihrem Manne empfangen, auch dem frähesten  
Materialisten aus Herz greifen. Wie ergreifend wirkt  
die Erkenntnis des jungen Gemanus (Willi Garbe),  
dessen Krankheit sich nun auch auf Unschuldige, so seine  
Gattin (Susanne Saute) und sein Töchterchen, über-  
trägt. Die Darsteller, ein Ensemble hervorragender  
Künstler unter Leitung des Direktors Ernst Mischaelis,  
wählten ihre Rollen überzeugungsgestrichen zu gestalten. Außer  
den bereits erwähnten Schauspielern seien noch Ben  
Spanier als Schwiegervater, Bea Mathes als  
Mutter des jungen Gemanus und Fräulein Kraut als  
Amme lobend erwähnt. Vangantender Beifall lohnte  
das Werk des Dichters und seine vortreffliche Dar-  
stellung. Stadtrat Dr. med. Goppf schickte der Aufführung  
Worte der Begrüßung und Erklärung voraus. Er ging  
auf die bisher zu Tage getretenen Bestrebungen im  
Kampfe gegen die venereischen Erkrankungen ein, kritisierte  
die beiden internationalen Konferenzen und würdigte ins-  
besondere die erprobte Tätigkeit der nun seit elf  
Jahren wirkenden Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung

der Geschlechtskrankheiten einer längeren Betrachtung.  
Brieux' Drama ist eine befreiende sozialhygienische Tat,  
die voll und ganz geeignet ist, das Publikum aufzuklären  
und auf die ungeheuren Gefahren der Geschlechtskrank-  
heiten aufmerksam zu machen. Möge ihm auch in unserer  
Stadt der gleiche Erfolg wie in Hamburg und Berlin be-  
schieden sein. Es kämpft für eine heilige Aufgabe, an der  
alle Kreise, alt und jung, arm und reich, hoch und nied-  
rig, Stadt und Land beteiligt sind — für die Gesund-  
heit des Volkes und das Glück der Menschheit.

— Der Deutsche Wirtschaftsrat für den Baltik  
und den Orient hält morgen, Sonnabend, abend 8 1/2 Uhr  
im Saale der Dresdner Kaufmannschaft, Moritzstraße 1b,  
1. Etage, eine öffentliche Sitzung ab, zu der auch  
Nichtmitglieder eingeladen sind. Anfragen sind zu richten  
an das Generalsekretariat, Dresden-N., 1, Wallstraße 25,  
2. Etage rechts.

— Vorträge für Richter. Der vierte der Vorträge, die  
auf Veranlassung des Justizministeriums für die säch-  
sischen Richter und Staatsanwälte gehalten  
werden, findet morgen, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, im  
großen Schwurgerichtssaale des Landgerichts Dresden, Pflä-  
niger Straße 41, Erbgeloch, statt. Herr Professor Dr.  
Kockel, Direktor des Instituts für gerichtliche Medizin in  
Leipzig, wird das Thema: „Mitteilungen aus der Sach-  
verhältnissenpraxis“ behandeln.

— Unterhaltungsanstalt für Hinterlassene verlorener  
Königlicher Soldat und Steuerbeamten. Dieser seit  
dem 1. Januar 1910 mit dem Sitz in Dresden bestehende  
rechtsfähige Verein, der satzungsmäßig sofort nach dem Ab-  
sterben eines Mitgliedes dessen Hinterbliebenen ein Sterbe-  
geld von zurzeit 300 oder 350 oder 450 Mk. — je nach der  
Dauer der Mitgliedschaft — gewährt, hielt am 13. Dezember  
1913 seine diesjährige 6. ordentliche Mit-  
glieder-Versammlung im großen Saale des Reichs-  
hotels (Drei Raben) ab. Das Gesamtvermögen des Ver-  
eins, dem gegenwärtig 538 Mitglieder angehören, beträgt  
rund 80 000 Mk. und die bisher bezahlten Sterbegelder be-  
trafen sich auf insgesamt 114 200 Mk. Beitrittsberechtigt  
ist jeder aktive, im Besitze der Staatsbürgerschaft be-  
findliche Beamte der königlichen, sächsischen Zollverwaltung,  
der das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten hat und gegen  
dessen Gesundheitszustand keine erheblichen Bedenken vor-  
liegen. Die nächste Jahresrechnung wird ermittelnd, die  
Sterbegelder nicht unwesentlich zu erhöhen. Der Ver-  
waltungsansatz wird durch den Herrn Kassier  
Gullis, Kassierposten Augustin und Kassier Stein,  
Dresden, Teufelstraße 2.

# Dresdner Nachrichten

Geündet 1856

Bezugspreise:

## Zweimal täglich

in Dresden mit Vorstädten und Blasewitz  
für Mk. 2,50 vierteljährlich, Mk. 0,90 monatlich,  
in den Orten der näheren Umgebung, wo  
die Zustellung durch Kommissionäre erfolgt,  
für Mk. 3,— vierteljährlich, Mk. 1,— monatlich,  
in Meissen und Pirna  
für Mk. 3,25 vierteljährlich, Mk. 1,10 monatlich.

## Einmal täglich

— Abend- und Morgenausgabe zusammen —  
in Weindöbha  
für Mk. 3,— vierteljährlich, Mk. 1,— monatlich,  
in Arnsdorf, Dippoldiswalde, Elstra, Gersdorf bei Ramenz,  
Ramenz und Pulsnitz  
für Mk. 3,25 vierteljährlich, Mk. 1,10 monatlich.

Neue Abonnenten erhalten die Zeitung bis  
Ende dieses Monats kostenlos zugestellt.

— Die Gemeindevorstände der weilschen Vororts-  
gemeinden, die sich dem Einsprüche der Rittersinnungen  
und Glöbeldeliger gegen den Anschlag von 25 Land-  
gemeinden an die städtische Schwemmulkanalisa-  
tion angeschlossen hatten, damit aber vom Abstromat  
abgewiesen wurden, werden in nächster Zeit einen Beschluß  
darüber herbeiführen, ob weitere Schritte getan werden  
sollen.

— Apothekenkonzession zu vergeben. Im Subdierel  
der Stadt Leipzig soll eine neue Apotheke errichtet  
werden. Der noch genauer zu bestimmende Platz wird bei  
der Konzessionsübertragung angewiesen werden. Be-  
werbungen sind bis spätestens den 31. Januar bei der Kreis-  
hauptmannschaft Leipzig einzureichen.

— Der Eiterbund für Anaben-Instrumental-Musik.  
Dresden, nimmt noch einige gesunde musikalische Anaben  
im Alter von 10 Jahren ab unter sehr günstigen Bedin-  
gungen auf. Die Übungsstunden finden regelmäßig Mit-  
wochs und Sonnabends von 2—4 Uhr statt, und zwar im  
Ballhaus, Bautzner Straße 35, wo sich die Eltern nähere  
Informationen einholen wollen. Außer Musikunterricht wird  
auch Unterricht in Violine und Klavier bei ganz möglichem  
Donatur erteilt.

— Die Maul- und Klauenseuche ist in Schauer-  
trebnitz (Amtshauptmannschaft Porna) ausgebrochen.

— Geschloßbesuche. Der König besuchte vorgestern das Kö-  
nigliche Institut von Richard Fehel, Schlossstraße, und  
machte dort Weihnachtsbesuche. — Die Frau Prinzessin von Schom-  
burg-Waldenburg besuchte das Uhren- und Goldmache-  
geschäft von H. Lorenz, Frauenstraße 1, am Einkauf zu machen.

### Dr. Stresemann für den Arbeitswilligenklub.

In einer nationalliberalen Zeitschrift äußert sich der  
frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann über die  
Frage des Arbeitswilligenklubs. Er führt aus, daß das  
Koalitionsrecht dem einzelnen nicht nur das Recht gebe, sich  
zu organisieren, ob und wo er wolle, sondern daß es ihm  
auch das unbedingte Recht lasse, sich nicht zu koalitie-  
ren, wenn er nicht wolle. Wer jemanden hindern  
wolle, von dem Rechte der Arbeitsunterlegung in gesetz-  
mäßigen Formen Gebrauch zu machen, sei kein liberaler Mann.  
Wer aber dem einzelnen das Recht bestreiten wolle, nicht  
zu streiken, wenn es ihm nicht passe, der sei ebenso  
wenig liberal.

Dr. Stresemann erörtert weiter die Frage, ob eine  
gleichmäßige Handhabung der bestehenden  
Gesetze genügend gewährleistet sei, so daß von weiteren  
Vorberungen Abstand genommen werden könne. Er meint,  
die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, daß von einer  
gleichmäßigkeit der Anwendung der bestehenden Ge-  
setze im allgemeinen nicht gesprochen werden  
könne. Gerade durch diese Erfahrungen seien viele, die  
früher den Standpunkt des Staatssekretärs Teilhard  
teilten, daß nämlich der Schutz der bestehenden Gesetz-  
gebung, zu entgegengelegten Anschauungen ge-  
langt. Deshalb werde man zunächst der Forderung un-  
bedingt zustimmen müssen, daß eine allgemeine An-  
wendung der Rechte der Beamten darüber eracbe, wann sie  
nach dem bestehenden Rechte die Befugnis und die Pflicht hätten,  
bei Streikausbreitungen einzugreifen. Wer sich hiergegen  
wende, der setze sich dem Verdachte aus, daß er die An-  
wendung der bestehenden Gesetze überhaupt nicht  
wünsche. Aus dieser Forderung eine Reduktion des Koalitions-  
rechts herauszuleiten, sei jedenfalls nur bei bösem  
Willen möglich.

Die weitere Frage, ob das allgemeine Strafgesetzbuch  
den Bedarf der Notlagen härter erfassen und auf  
alle Verhältnisse, die Willensfreiheit eines einzelnen zu be-  
einträgen, ausdehnen müßte, will Dr. Stresemann weite-  
ren Beratungen vorbehalten. Selbstverständlich müßte eine  
solche härtere Erfassung gegen jede Notigung gerichtet  
sein, also ebenso gegen die Arbeitgeberverbände wie gegen  
die Verbände der Arbeiter, wobei die Forderung nach  
Stresemanns Meinung nicht als arbeitlerfeindlich hingedacht  
werden.

### Auflösung des deutschen Komitees für San Francisco.

Das deutsche Komitee für die Ausstellung  
in San Francisco hielt in Berlin unter dem Vor-  
sitz des Staatsministers a. D. Dentig eine Sitzung ab. Nach-  
dem die Geschäftsführung der Zentralstelle für die deutsche  
Ausstellung in San Francisco zunächst über die Ergebnisse  
ihrer bisherigen Tätigkeit referiert und besonders nach-  
drücklich hatte, daß die sogenannte Ausstellungsaufrüstung  
der deutschen Industrie nicht in einem solchen Umfange be-  
trifft, daß dadurch eine würdige deutsche Ausstellung un-  
möglich wäre, ging Herr Generaldirektor Wallin des  
näheren auf die in der Budgetkommission und im Reichs-  
tag von den Regierungsvertretern vorgebrachten Ein-  
wände ein und suchte insbesondere die Unrichtigkeit der  
Behauptungen über die Transporthemerklichkeiten und die  
mangelnde Zeit für eine erfolgreiche Vorbereitung der  
Ausstellung nachzuweisen. Schließlich kam Generaldirektor  
Wallin zu dem Schluß, daß er dem Komitee die Auf-  
lösung empfehlen müsse. Es geht aus den Erläu-  
terungen der Regierung evident hervor, daß sie ihren prin-  
zipiellen Widerstand gegen die deutsche Ausstellung nicht  
aufgeben werde. Gründe des nationalen Taktis und die  
Erwägung, daß die geplante kulturelle, sozialpolitische und  
Städteausstellung ohne Unterstützung aus öffentlichen  
Mitteln nicht möglich sei, ließen es nicht anemehmen  
erscheinen, die Tätigkeit des Komitees noch fortzusetzen.  
Nedner begrüßte unter diesen Umständen den Gedanken  
der Regierung, ein großes Geschwader unter Führung  
von dem Prinzen Heinrich oder des Prinzen  
Karl-Albert zur Gründung des Panama-  
kanals zu entsenden, um damit den Beweis zu er-  
bringen, daß die deutsche Nation an der ewig denkwürdigen  
Kulturarbeit, die die Vereinigten Staaten mit dem Bau  
des Panamakanals leisten, freudigen Anteil nehme.

Die Versammlung beschloß eine Resolution, in  
der es heißt: „So wenig sich die Argumentation des  
Regierungsvertreters bei näherer Prüfung erweist, so  
ergibt sich doch aus den von 3 Staatssekretären in der Budget-  
kommission, sowie vom Reichstagsminister und Vertretern des  
Auswärtigen Amtes einzelnen Reichstagsabgeordneten  
gegenüber abgegebenen Erklärungen mit voller Deutlich-  
keit, daß die Regierung an ihrem prinzipiell ablehnenden  
Standpunkt und an ihrer Verhinderung mit England  
über die Verantwortlichkeit der Ausstellung festhalten und  
die Verantwortung für das Scheitern des Ausstellungs-  
planes, sowie die Folgen, die daraus für das Deutsche  
Reich auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Ge-  
biet entstehen könnten, zu tragen genehm ist. Ansehts  
dessen sieht sich das Komitee zu seinem Bestehen ge-  
zwungen, seine Tätigkeit einzustellen; denn einer-  
seits ist es nicht möglich, das Vorrecht für die sehr günstige  
gelegenen Plätze für das Deutsche Haus und für die  
deutschen Aussteller, die das Komitee bis jetzt an der Hand  
hatte, noch lange aufrechtzuerhalten, und andererseits hält  
das Komitee aus Gründen des nationalen Taktis nicht für  
angemessen, bei der von der Regierung eingenommenen ab-  
lehrenden Haltung seine Arbeit fortzuführen, um so mehr,  
als die geplante kulturelle, sozialpolitische und Städte-  
ausstellung ohne Unterstützung aus öffentlichen Mitteln  
nicht durchzuführen ist. Das Komitee hat deshalb seine  
sofortige Auflösung und die Aufhebung der von ihm  
eingerichteten deutschen Zentralstelle für die  
Weltausstellung in San Francisco nach Abwicklung der  
schwebenden Arbeiten beschlossen.“

### Die Beschränkung der Diamanten- bewertung.

Am 18. Dezember d. J. ist die amtliche Verordnung  
über die Beschränkung der Bewertung der deutsch-indisch-  
afrikanischen Diamanten vom Reichskolonialamt  
erlassen worden. Danach wird für jedes Kalenderjahr ein  
Höchstmaß der zur Verarbeitung gelangenden Diamanten  
für jeden Förderer unter Berücksichtigung der Marktlage  
und der Betriebsverhältnisse in einer Verteilungstafel  
festgelegt. Die Verteilungstafel wird dem Förderer  
alljährlich für das folgende Kalenderjahr mitgeteilt. Das  
Höchstmaß betrifft sämtliche vom Förderer innerhalb des  
Kalenderjahres bei den Geschäftstellen der Diamanten-  
regie im Schutzgebiete eingelieferte Diamanten. Das für  
einen Förderer festgesetzte Höchstmaß kann auf besonderen  
Antrag ganz oder teilweise auf einen anderen in der Ver-  
teilungstafel aufgeführten Förderer umgeschrieben werden.

Die am 1. Januar 1914 in Kraft tretende Verordnung  
ist das Ergebnis umfangreicher Feststellungen über die jetzige  
Lage und die Aussichten des Diamantenmarktes. Die Not-  
wendigkeit, Maßnahmen zu treffen, wurde von den För-  
derern in mündlicher Besprechung mit dem Staatssekretär  
des Reichskolonialamtes anerkannt. Die Verordnung be-  
trifft den laufenden Vertrag mit dem Antwerpener Kon-  
zortium überhaupt nicht, weil die von diesem gekaufte Menge  
Diamanten bereits im Jahre 1913 gefördert ist. Die mit  
jeder Kontingentierung verbundenen Nachteile treffen den  
Fiskus und die Förderer gemeinschaftlich, weil an der  
Steigerung der Bekleidungsstellen der Fiskus mit 70 und die  
Förderer mit 30 Prozent beteiligt sind. Um die Förderer  
zu schonen, nimmt die Regie mehrere Hunderttausend Karat  
Diamanten auf Vorrat gegen Gewährung von Vorhilfen  
an Förderer, obwohl eine Verwertung für absehbarer Zeit  
nicht wahrscheinlich ist. Ohne dieses Eintreten der Regie  
hätte die Kontingentierung mit Rücksicht auf die Marktlage  
weit härter sein müssen.

Bei der Kontingentierung ist auf die schwächeren  
Gesellschaften besonders Rücksicht genommen worden. Die  
großen, billige arbeitenden Gesellschaften tragen die Haupt-  
last. Der Regie stehen über das Kontingentierthe Höchstmaß  
hinaus genügend Diamanten zur Verfügung, so daß, falls

916. 350  
Dresdner Nachrichten  
Beilage 10. Dezember 1913  
Seite 3